

# Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode

**Ausschuss für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Deutscher Bundestag

Ausschuss f. Ernährung,  
Landwirtschaft u. Verbraucherschutz

Ausschussdrucksache

17(10)1054

AEA TOP 4 76.Sitzung 17.10.12

16. Oktober 2012

16. Oktober 2012

## Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

**zum Entwurf des Bundeshaushaltsplan 2013  
- Drucksache 17/10200 -**

**Einzelplan 10  
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Kapitel: **1002, Verbraucherpolitik**

Titel: **684 04 -522**  
Information der Verbraucherinnen und Verbraucher

Entwurf: 25 000 T€

**Antrag: 30 000 (+5 000 T€) T€**

### Erläuterung:

DIE LINKE beantragt die Erhöhung des Titels Information der Verbraucherinnen und Verbraucher auf 30 000 T€ um der Verantwortung des Bundes im Bereich der Verbraucherinformation gerecht zu werden.

Bereich Wirtschaftlicher Verbraucherschutz: + 3.000 T€

Förderung von Projekten der 16 Verbraucherzentralen der Länder für Informationsmaßnahmen durch aufsuchende Verbraucherberatung

In der Verbraucherberatung ist ein Paradigmenwechsel notwendig. Der/die Verbraucher/in soll nicht mehr in die weitgelegene Verbraucherberatungsstelle fahren müssen, sondern die Verbraucherberatung kommt zu ihm und bittet um unterschwellige Hilfe an. Dafür sollen die Verbraucherzentralen Beratung in bereits bestehenden Einrichtungen von Stadtteilquartieren und Gemeinden in ländlichen Räumen anbieten, die oft frequentiert werden. Dadurch sollen insbesondere jene Verbraucherinnen und Verbraucher erreicht werden, die in der Verbraucherinformationspolitik der Bundesregierung keine Beachtung finden, wie ausländische, bildungsferne, immobile, arme oder kranke Menschen. Als Grundlage soll das 2009 gestartete Projekt des Berliner Senats für Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Berlin dienen.

Bereich Ernährung: + 2 000 T€:

Die Vernetzungsstellen für die Schulverpflegung sind als Akteure für die Entwicklung und Sicherung einer qualitativ hochwertigen und ausgewogenen Schulverpflegung mit zeitgemäßen Schwerpunkten langfristig abzusichern. Insbesondere die Beratung und Begleitung der Ganztagsverpflegung an Schulen und Kitas ist zu stärken. Im Rahmen der Schul- und Kita-verpflegung sollen gezielt regionale Versorgungskreisläufe gestärkt werden. Im Unterricht sollen die Wertschätzung von Lebensmitteln und der kritische Konsum insbesondere in Bezug auf die Irreführungen und Täuschungen der Lebensmittel-Industrie gestärkt werden. Für den Aktionsplan IN FORM ist bei Projekten, die sich an Kinder und Jugendliche wenden, ein Kooperationsverbot mit Unternehmen sicherzustellen.

Verbraucherinformationen zum Thema Lebensmittelsicherheit müssen als Konsequenz aus dem Gutachten „Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes – Schwerpunkt Lebensmittel“ deutlich mehr Bedeutung erhalten. Zudem muss im Rahmen der Verbraucherinformation dem Trend zu mehr Fertilebensmitteln Rechnung getragen werden, da diese häufig übermäßig viel Fett, Zucker oder Salz enthalten und damit eine unausgewogene Ernährungsweise befördern. Ein neuer Schwerpunkt soll die bessere Förderung der Familienberatung bei Übergewicht, Fehlernährung und Essstörungen sein. Zudem sind die einseitig auf Unternehmensinteressen ausgerichteten „CSR“-Projekte durch Projekte zur Förderung des nachhaltigen Konsums aus der Verbraucherperspektive zu ersetzen.